

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Oldenburger Landeszeitung. 1884-1886 1884

29.9.1884 (No. 102)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-995253](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-995253)

Oldenburger Landeszeitung.

Die „Oldenburger Landeszeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Festtage.

Vierteljährlicher Abonnementspreis excl. Bestellgeld 2 M., mit Bestellgeld 2,40 M.
Inseratenpreis für die 4 Spalt. Zeile 10 S., von außerhalb des Großherzogthums 15 S.

Deutsch-freisinniges Organ für das Großherzogthum Oldenburg.

Redaction: Haarenstraße 55. Expedition: Mottenstraße 1.

N^o 102.

Montag, den 29. September

1884.

Abonnements-Einladung.

Beim bevorstehenden Quartalswechsel erlauben wir uns das geehrte Publikum auf die

Oldenburger Landeszeitung

ganz ergebenst aufmerksam zu machen.

Die „Oldenburger Landeszeitung“, das einzige täglich erscheinende, wirklich liberale Blatt des Großherzogthums, hat sich während der kurzen Zeit ihres Bestehens den Beifall und die Anerkennung eines umfangreichen Leserkreises in Stadt und Land erworben, wofür die täglich anwachsende Zahl der Abonnenten den besten Beweis liefert.

Die Redaction wird nach wie vor bemüht sein, in allen politischen Tagesfragen des In- und Auslandes von liberalem Standpunkt aus die Leser eingehend und objectiv zu orientiren. Alle wichtigen Ereignisse werden durch die „Oldenburger Landeszeitung“ schnellstens und zuverlässig zur Kenntniß der Leser gebracht. Den Vorlagen und Verhandlungen des im Herbst zusammentretenden Landtages wird eine ganz besondere Beachtung und eingehende Berichterstattung gewidmet werden, ebenso wie denen des deutschen Reichstages.

Als Localblatt für Stadt und Land Oldenburg wird über alle Ereignisse von Bedeutung und Interesse stets sofort berichtet werden.

Im Feuilleton werden wir außer durch spannende Romane auch durch sonstige interessante Artikel, Vermischtes u. s. w. eine genügende Menge Unterhaltungslectüre bieten.

Abonnements für das IV. Quartal im Preise von nur 2 Mark 40 Pfennige werden von allen Postanstalten und Landbriefträgern, für die Stadt Oldenburg von der Expedition, Mottenstraße 1, und den Zeitungsfrauen entgegen genommen und baldigt erbeten.

In der Stadt Oldenburg erhalten die neu eintretenden Abonnenten schon jetzt vom Tage der Anmeldung ab die „Landeszeitung“ unentgeltlich und frei täglich zugestellt.

Inserate finden durch die „Landeszeitung“ eine weite Verbreitung in Stadt und Land. Wir berechnen für die 4 gespaltene Zeile oder deren Raum nur zehn Pfennige und gewähren außerdem bei größeren und häufigeren Aufträgen sowie Wiederholungen entsprechenden Rabatt.

Zuverlässige Berichterstattung aus allen Theilen des Großherzogthums sind uns noch stets willkommen und werden um ihre Adressen gebeten.

Der Verlag der „Oldenburger Landeszeitung.“

Politische Uebersicht.

Charakteristisch für die Stellung der National-Liberalen zu der Frage der Erhöhung der Getreidezölle ist die Thatsache, daß in dem Wahlkreise Sieben-Grünberg-Midda die Nationalliberalen in der Stadt Sieben sich gegen die Erhöhung erklären, während sie in den zu dem Wahlkreise gehörigen ländlichen Bezirken für die Erhöhung agitiren lassen. Da ist es nicht unerklärlich, daß die Führer der Partei noch immer auf der Suche nach einem Candidaten sind, der es unternimmt, sich gleichzeitig für und gegen die Erhöhung der Getreidezölle zu verpflichten. In ähnlicher Verlegenheit befindet sich die Partei in der Frage, des Socialistengesetzes. Während der nationalliberale

Berein sich jetzt außer Stande erklärt hat, für die Wiederwahl des Rechtsanwalts Dr. Gutfleisch einzutreten, weil derselbe gegen die Verlängerung des Socialistengesetzes gestimmt habe, hat sich der noch in Function befindliche Präsident des nationalliberalen Vereins, Herr Dr. Mühl, am 20. April d. J. bei einer öffentlichen Versammlung mit den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Gutfleisch gegen das Socialistengesetz allseitig einverstanden erklärt!

Die Vorbereitungen zur Ausführung des Unfallversicherungsgesetzes nehmen keineswegs einen so raschen Verlauf, wie man namentlich in Regierungskreisen erwartet hatte. Abgesehen davon, daß sich entgegen den Absichten des

Entlassen.

Roman in drei Büchern von Carl Hartmann-Pöhl.
(Fortsetzung.)

Dieses Memoire wollte sie, nachdem sie sich als Entlastungszeugin gemeldet, vor dem Gericht als Concept gebrauchen, um nicht in die Gefahr zu kommen, wenn sie an einem Ort, wo sie noch nie gestanden, vielleicht verlegen und verwirrt werden sollte, irgend ein wesentliches Moment, was zur Rechtfertigung dienen könnte, zu vergessen.

Das war denn auch unter dem Beistand ihres Rechtsanwalts geschehen, die Richter, in der That von der Macht der Wahrheit überwältigt, hatten die Freisprechung ausgesprochen. Wohl selten hatte irgend etwas in allen Schichten der Gesellschaft ein solches Aufsehen erregt, wie der erneute Braunenbach'sche Proceß und dessen Endresultat. Es war ein vollständiger Roman, und die stenographischen Berichte der bei der Hauptverhandlung anwesenden Zeitungsschreiber, welche auch verboten waren, die umfangreichen Aussagen der Gräfin Kaschoba brachten, wurden am andern Tage von Jung und Alt förmlich verschlungen. Braunenbach und die Gräfin waren plötzlich zu Helden des Tages geworden. Man fand es erhaben, daß Letztere mit unbeirrtem Freimuth ihre eignen Verhältnisse und die ihres Gemahls ohne Schonung dargelegt hatte, um den Freund zu retten, und als ebenso erhaben würde es angesehen, was bei einem Mann von Ehre und Moral sonst als selbstverständlich betrachtet wurde, daß der Baron auch in dem Augenblick keine Minute geschwankt, und seinem Eide treu geblieben sei, als man ihm das Todesurtheil verkündet habe. In allen Wirthshäusern, in allen Vereinen bildete dies Thema fast ausschließlich den Inhalt der Gespräche, und eine Menge Debatten entwickelten sich. Jeder, der ein Beispiel von der Verurtheilung eines Unschuldigen anführen konnte, trug dasselbe vor und knüpfte daran seine Ansichten über die Unzulänglichkeit unserer Gesetze. Und eine große Anzahl solcher Fälle war bereits bekannt geworden. Ein ganz ähnlicher wie der Braunenbach'sche war erst vor einigen Monaten durch alle Blätter gegangen. Ein junger Arbeiter, der sich durch seinen Fleiß ein kleines Haus und ein Stück Acker-

land erworben, war wegen Brandstiftung verurtheilt worden. Er sollte eine Mühle angezündet haben; ein Müllerbursche verbrannte dabei, das Urtheil lautete auf fünfzehn Jahre Zuchthaus. Ein Knecht hatte den Thäter aus der Mühle herauskommen sehen und wollte den Arbeiter erkannt haben, was er auch wirklich zu Protokoll gab. Er hatte sich geirrt. Sieben Jahre hatte der Arme von seiner Strafe abgesehen, da wirft ein Zufall den eigentlichen Thäter auf das Sterbebett, er läßt einen Geistlichen kommen, und beichtet diesem seine Schuld. Der Unschuldige wird entlassen, sein Kind war unterdeß gestorben, sein sauer erworbenes Hab und Gut verloren gegangen, seine Frau ihm untreu geworden. Der Staat konnte ihm das verlorene Gut nicht wieder ersetzen, weil er durch kein Gesetz dazu befugt war; aber ein solches Gesetz mußte geschaffen werden. Man sagte sich, daß Irrren menschlich sei, und daß man den Richtern, weil sie Menschen seien, wenn sie nach Ueberzeugung und Gewissen geurtheilt hätten, nicht allzu schroff ihre Irrthümer vorwerfen dürfe, — aber der Staat sei verantwortlich für die Fehler, die sie begangen, und unweigerlich verpflichtet, wenigstens den materiellen Schaden, den er einem seiner Angehörigen durch seine Stellvertreter zugefügt, vollaus zu ersetzen, bliebe doch in den meisten Fällen noch genug an moralischen Schäden übrig, die keine Macht der Erde jemals wieder verbessern könne. Die allgemeine Stimmung sprach sich dahin aus, daß man nicht ruhen solle, bis der Reichstag ein Entschädigungsgesetz ein- und gegen alle Einwendungen der Regierung durchgebracht habe, und zwar ein Gesetz mit rückwirkender Kraft. Könnte man Hunderttausende für Solche bewilligen, die durch Naturgewalten unglücklich geworden, so müsse man auch eine entsprechende Summe aufwenden für Solche, die durch den Staat selbst in Elend gerathen, und mit Leichtigkeit würden alle die Unglücklichen aufzufinden sein, die das harte Loos einer ungerechten Verurtheilung getroffen, und die wieder freigegeben, in dürftigen Verhältnissen lebten.

Die Gräfin Kaschoba, nun einmal herausgerissen aus der Zurückgezogenheit in der sie ihr Trauerjahr verleben wollte, und durch einen Zufall plötzlich an den Ort versetzt, wo sie ihre Jugendzeit verlebt hatte, fastete den Entschluß,

Reichsversicherungsamtes vielfach partikularistische und lokale Strömungen zu Gunsten kleiner Verbände geltend machen und dadurch die Bildung größerer freiwilliger Berufsgenossenschaften erschwert wird, zeigen sich auch in industriellen Kreisen die verschiedenartigsten Auffassungen in Bezug auf die Zusammensetzung der Berufsgenossenschaften. Es zeigt sich bei allen derartigen Verhandlungen mehr und mehr, daß namentlich die Großindustriellen ihr hauptsächlichstes Bestreben darauf richten, mit möglichst geringen Opfern für die Unfallversicherung davonzukommen, obgleich sie durch das Gesetz vermöge des Umlageverfahrens und des eventuellen Reichszuschusses ohnehin außerordentlich begünstigt sind und erheblich geringere Aufwendungen für ihre versicherten Arbeiter zu machen haben, als bei der bisherigen privaten Versicherung. Das System der Reichsregierung, die Industriellen nach aller Möglichkeit zu entlasten und die Hauptlast der Zukunft aufzubürden, hat also nicht einmal den Erfolg gehabt, die Industriellen zu einer raschen Einigung über die Bildung freiwilliger Berufsgenossenschaften anzu-spornen, es machen sich im Gegentheil die privaten und localen Interessen in einer nie erwarteten Weise geltend, so daß allem Anscheine nach noch geraume Zeit vergehen wird, ehe eine größere Anzahl freiwilliger Berufsgenossenschaften gebildet sein wird.

Der Bundesrath wird sich in nächster Zeit mit der Uebersicht der Reichs-Ausgaben und -Einnahmen im Etatsjahr 1883-84 zu beschäftigen haben. Diefelben gestalteten sich, so weit sie auf das Abschlußergebniß des Reichshaushaltsetats von Einfluß sind, wie folgt: Die fort-dauernden Ausgaben für Reichssee, Marine, Auswärtiges Amt, Reichsjustizverwaltung, Reichsschatzamt (mit Ausschluß der Ueberschüsse an die Bundesstaaten), Reichseisenbahn-amt, Rechnungshof, Reichstag, Reichsamt des Innern, Reichskanzler und Reichskanzlei, Reichsschuld und Allg. Pensionsfonds betragen im Ganzen 427 804 000 M., also 1 731 000 M. weniger. Dagegen betragen die einmaligen Ausgaben für Reichssee, Marine, Reichsjustizverwaltung, Reichsschatzamt, Reichseisenbahnverwaltung, Reichs-Druckerei, Reichsamt des Innern, Auswärtiges Amt und Reichsschuld im Ganzen 24 774 000 M., also mehr 2 167 000 M. Die Etatsüberschreitungen bei den gesammten Ausgaben von 452 578 000 M. belaufen sich mithin auf 436 000 M. Die Einnahmen, einschließlich der Ueberschüsse aus früheren Jahren mit 14 710 000 Mark und der Bestandübertragung aus 1882-83 mit

nun auch gleich ihren Wohnsitz für immer hier zu nehmen, und wandte sich an einen Hausmaler, um eine Villa mit möglichst großem Garten käuflich zu erwerben. Die einzige für ihren Geschmack convenable war die des verstorbenen Generals v. Schaslow, doch konnte sie dieselbe vorläufig wegen noch schwebender Erbschaftsstreitigkeiten nur als Mietherin beziehen. Sie hatte sogleich nach abgeschlossnem Contract ihren Diener nach Ungarn zurückgeschickt, um den Umzug der fürstlichen Einrichtung des Schlosses zu bewerkstelligen, was in verhältnismäßig kurzer Zeit ausgeführt worden war. Gestern war dann Alles so weit in der Villa placirt, hatten Maler und Tapezierer ihre Arbeiten vollendet, daß dieselbe nothdürftig bezogen werden konnte. Die letzte Dienstleistung, die sie im Hotel beanspruchte, war, daß dessen Equipage sie nach dem Gefängniß brachte, um den Baron Braunenbach von dort abzuholen.

Wer den Baron früher gesehen hatte, der würde ihn jetzt schwerlich auf den ersten Blick wiedererkannt haben. Vor seiner Verurtheilung war er ein durch seine Schönheit noch immer auffallender, hoher, stattlicher Mann gewesen, mit breiten Schultern und straffen Gliedern, mit vollen, noch jugendlichen Gesichtszügen, mit dunkelbraunem Haupthaar und eben solchen, lang herabhängenden Favoris, und mit einem deutlich ausgeprägten, aber ihm gut stehenden Embonpoint. Jetzt war letzteres verschwunden, seine Figur schien durch die Magerkeit länger geworden zu sein, seine sonst so rothen Wangen waren eingefallen und hatten eine gelblich-graue Farbe angenommen, sein Haar, welches an der Stirn und an den Schläfen sich stark gelichtet hatte, war tief ergraut, ebenso der Vollbart. Die Haltung war gebückt und das sonst so große blitzende Auge hatte nur einen matten Glanz. Melanie, die absichtlich jeden Versuch unterlassen, ihn im Gefängniß zu sprechen, damit auch der Schein einer geheimen Verabredung vermieden würde, hatte sich als Vergünstigung ausgedenkt, ihm persönlich die Freiheit ankündigen zu dürfen. Aber wie erschraf sie, als sie in Begleitung des Gefängniß-Directors die Thür seiner Zelle aufgerissen, als sie im Jubelton hineingerufen: „Herr Baron, Sie sind frei, Ihre Unschuld ist erwiesen!“ und nun statt eines Mannes von frogender

17720 000 M^k, betrogen im Ganzen 450 673 000 M^k, also weniger 1469 000 M^k. Ein Minus ergab sich bei der Rübenzuckersteuer (6 669 000 M^k), der Branntweinsteuer (194 000 M^k), dem Spielkartenstempel, den Aversen, der Reichsdruckerei, bei den Zurückzahlungen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern zufolge definitiver Abrechnung für Rechnung des Reiches, und bei den Ueberschüssen aus früheren Jahren; dagegen stellte sich ein Plus heraus bei der Salzsteuer (1 025 000 M^k), Brausteuer (1 716 000 M^k), Wechselstempelsteuer (277 000 M^k), der statistischen Gebühr (46 000 M^k), dem Ueberschuß der Post- und Telegraphenverwaltung (444 000 M^k), dem Ueberschuß der Eisenbahnverwaltung (444 000 M^k), dem Bankwesen (423 000 M^k), bei verschiedenen Verwaltungseinnahmen (439 000 M^k) und bei den Zinsen aus belegten Reichsgeldern (643 000 M^k). Da die Summa der Einnahmen, wie erwähnt, 450 673 000 M^k und 1 469 000 M^k weniger, dagegen die Summe der Ausgabe 452 578 000 M^k und 436 000 M^k mehr betrug, so ergibt sich ein Fehlbetrag von 1 905 000 M^k. In der Summa der Einnahmen sind die Einnahmen aus den Zöllen und der Tabacksteuer mit nur 130 000 000 M^k, also derjenige feste Betrag enthalten, welcher dem Reiche verbleibt. Die Resteinnahmen aus Zöllen und Tabacksteuer, welche an die einzelnen Bundesstaaten zur Ueberweisung gelangen, betragen 72 665 000 M^k, also gegen den Etat weniger 6 751 000 M^k. Von diesem Minus ein Stempelabgaben-Plus von 984 000 M^k in Abzug gebracht, ergibt noch ein Minus von 5 767 000 M^k, dem der oben erwähnte Fehlbetrag von 1 905 000 M^k hinzuzurechnen ist, so daß ein Gesamtfehlbetrag von 7 672 000 M^k sich herausstellt. Es kann also in dem Reichshaushaltsetat für 1885—86 kein Ueberschuß eingestellt werden. Man dürfte deshalb bei der Aufstellung des Reichshaushaltsetats für 1885—86 alle Ausgaben darauf hin geprüft haben, ob sie nicht aufschiebbar seien, oder ob nicht mit geringen Mitteln derselbe Zweck erreicht werden könne.

Ein officiöser Berichterstatter schreibt: „Die Berathungen des Reichsversicherungsamtes sind am Donnerstag wieder aufgenommen worden und dauern noch fort; sie beschäftigen sich gegenwärtig noch mit der inneren Organisation des Amtes selbst, und es besteht die Absicht, mit Bezug darauf eine Verordnung auszuarbeiten. Die eigentliche Thätigkeit des Reichsversicherungsamtes in Bezug auf die ihm durch das Unfallversicherungsgezet überwiesenen Functionen dürfte kaum vor dem 15. October beginnen können. Bekanntlich bestimmt das Gesetz, daß die Anmeldungen über Bildung von Berufsgenossenschaften bis zum 1. September einzureichen sind. Diese Anmeldungen waren an die unteren Verwaltungsbehörden der Bundesstaaten zu richten; die Gesamtheit der Meldungen ist aber dann von den Landesregierungen bis zum 15. October beim Reichsversicherungsamte zu bewirken; von diesem Termine an ist dann das Amt erst im Stande, das Material zu übersehen und in seine eigentlichen Geschäfte einzutreten. Wenn aus verschiedenen Mittheilungen der Schluß gezogen worden ist, als ob man wegen der entstandenen Schwierigkeiten die festgesetzte (viermonatliche) Frist nicht einhalten können, so befindet man sich im Irrthum; die vom Gesetz normirte Frist wird und kann, dem Vernehmen nach, jedenfalls innegehalten werden. Bei der Bildung der Berufsgenossenschaften sind von Seiten des Reichsamtes zunächst zwei Hauptfragen zu stellen: „Sind die beabsichtigten Genossenschaften leistungsfähig? und gehören die zu verbindenden Berufe auch zusammen?“ Können diese Fragen bejaht werden, so kommt es nicht in Betracht, ob die Genossenschaft über das ganze Reich, oder nur über einen Theil desselben sich erstreckt. Schwächere Berufsarten sollen sich an stärkere verwandte anlehnen.

Gesundheit und bewahrter Jugendlichkeit, einen abgemagerten, hinfälligen Greis erblickte! Das Wort erstarrte ihr auf den Lippen, sie glaubte anfangs, sie sei in eine verkehrte Zelle geraten, und erst, nachdem sie ihn noch einmal scharf und prüfend angeblickt, fand sie sich in seinen Zügen zurecht. Nun aber brachte sie das Mitleid um alle Fassung. Ein krampfhaftes Schluchzen befiel sie und sie war gezwungen, sich auf eine Bank niederzulassen.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Die Stenographie und ihre Systeme.

(Aus einer Denkschrift von Ed. Uhl.)

II.

3. Wahl eines einheitlichen Stenographie-Systems.

Ein sehr großes, wohl das bedeutendste Hinderniß für den allgemeinen Gebrauch der Stenographie in Preußen ist die schon berührte Vielheit der Systeme, welche bisher auch als Scheingrund hat dienen müssen gegen die Einführung der Stenographie als Unterrichtsgegenstand an den höheren Schulen. Denn es liegt auf der Hand, daß für das gesammte Geschäftsleben, wie nicht minder für die so umfangreiche und immer noch im Wachsen begriffene Verwaltung der preußischen Staatseisenbahnen die Stenographie nur dann voll ausgenutzt werden kann, wenn ihre Allgemeinverständlichkeit durch die Einheit des Schriftsystems gesichert ist. Als solchen glaubt Verfasser unbedingt das System Gabelsbergers empfehlen zu müssen, nicht sowohl wegen der Priorität der Erfindung, als vielmehr wegen seiner größeren Vortrefflichkeit, welche, wie weiterhin durch Thatsachen zu belegen sein wird, überall anerkannt ist, wo es sich um amtliche Einführung der Stenographie in die Schulen gehandelt und eine Prüfung der verschiedenen Systeme stattgefunden

Der „Hannov. Courier“ schiebt dem Abg. Richter die Drohung unter, er wolle nach den Wahlen „fürchterliche Musterung halten in der freisinnigen Partei.“ Der Abg. Eugen Richter hat, wie schon vor Wochen berichtet wurde, weder diese noch eine ähnliche Aeußerung gethan. Ebenso unrichtig ist die Behauptung des „Hannov. Courier“, daß Eugen Richter mit aller Arithmetik nicht mehr als 60—65 sichere Wahlkreise für die Deutschfreisinnigen in Rechnung bringen soll.

Während die Rübenproduzenten Klage darüber führen, daß die Zuckerfabriken durch Herabsetzung der Rübenpreise die Folgen der auf dem Zuckermarkte herrschenden Krisis auf sie abzuwälzen suchten, hat der schlesische Zweigverein deutscher Rübenzuckerfabriken „angesichts der großen Opfer, welche Deutschland dem Auslande dadurch bringt, daß große Massen Zucker weit unter dem Herstellungspreise abgegeben werden,“ eine Petition an den Bundesrath gerichtet, in welcher der Vorschlag gemacht wird, „den deutschen Zuckermarkt dadurch günstig zu beeinflussen, daß die Kaufkraft der einländischen Raffinerien gehoben wird, ohne irgend welche pecuniäre Leistung in Anspruch zu nehmen.“ Das soll dadurch geschehen, daß der Fiskus bei Aufnahme des von den Raffinerien gekauften Rohzuckers in eine unter Controle und Steuererschluß stehende Privatniederlage den Verkäufern die Exportbonification auszahlt, von den Raffinerien aber die Sicherheit, wie sie bei Creditirung der Rübensteuer von der Steuerbehörde verlangt wird, erst dann beansprucht, wenn der Rohzucker aus dem Lager gezogen wird. In der Zwischenzeit würden die Raffinerien im Besitze des Capitals bleiben. Mit andern Worten: der Fiskus würde den Raffinerien einen Vorschuß auf die Exportbonification gewähren, welche jetzt erst bei wirklicher Ausfuhr von raffinigtem Zucker gewährt wird. Es handelt sich demnach in der That bei Ausführung des Vorschlags um eine pecuniäre Leistung des Fiskus zu Gunsten der Zuckerfabriken und auf Kosten der Steuerzahler. Scheut man davor nicht zurück, so scheint uns das Verlangen der Rübenproduzenten, daß das Reich, d. h. die Gesamtheit, die Nachteile trage, welche ihnen aus dem Rückgang der Rübenpreise erwachsen, noch rationeller.

Auch der Schweizer Bundesrath hat sich, wie bereits in der Sonnabendausgabe gemeldet, veranlaßt gesehen, einer Anzahl Anarchisten das Asylrecht des Schweizer Gebietes zu entziehen. In dem betr. Bundesratsbeschlusse heißt es: „Der Bundesrath beschloß, erwägend, daß die in der Schweiz sich aufhaltenden, unten aufgeführten Ausländer der internationalen anarchistischen Propaganda angehören, einer Verbindung, welche sich als solche mit den Verbrechern Stellmacher und Kammerer, ihren früheren Mitgliedern, offen als solidarisch erklärt, in ihren publicistischen Organen, sowie Flugblättern ihre Genossen fortwährend zur Begehung ähnlicher gemeiner Verbrechen auffordert; erwägend, daß dieselben infolge der gegen sie getroffenen polizeilichen Maßregeln aus Deutschland und Oesterreich in die Schweiz gekommen, in der Schweiz aber ihre Agitation für anarchische Zwecke fortsetzen, dem bezüglichen Antrage des Regierungsrathes des Kantons Baselstadt vom 17. September Folge gebend, in Anwendung des Artikels 70 der Bundesverfassung aus dem Gebiete der Eidgenossenschaft auszuschließen: Karl Theodor Weiß (Dresden), Schreiner Franz Grob-Senger (Lidmeritz in Mähren), Schreiner Franz Stieglitz (Pulgram in Mähren), Tagelöhner Karl Julius Müd (Steuper in Mähren), Schneider Jacob Lederer-Haberhorn (Nemiec in Böhmen) und dem Korbmacher Leopold Uebauer-Stüchlingen (Donawitz in Steiermark). Die Regierung von Baselstadt, sowie der Regierungen derjenigen Kantone, wo

einer der Genannten betroffen wird, sind beauftragt dem Beschluß zu vollziehen und über die Vollziehung dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement zu berichten.“

Der in Paris erscheinende „Telegraphe“ bringt eine Reihe merkwürdiger, jedenfalls der Befestigung bedürftiger Enthüllungen über französische Verhandlungen mit Deutschland, welche in der letzten Zeit stattgefunden haben sollen. Als Resultat derselben habe Ferry dem Ministerrath mitgetheilt, Deutschland werde Frankreich in seinen Widerstande gegen England unterstützen, ihm seine guten Dienste in Beking leihen, die Franzosen im Handelsverkehre in der Colonie Kamerun zulassen, dagegen verlange Deutschland von Frankreich für seine Landsleute dieselben Rechte allen französischen Colonien, welche sich auf der westlichen Küste Afrikas südlich von Gabun erstrecken, den Congo und die Straße, die dahin führt, nämlich den Ogowe. In Berliner Briefen berichtet der „Telegraphe“ ferner über die Verhandlungen Frankreichs mit Deutschland: Vor einiger Zeit habe Bismarck einen Brief geschrieben, der die französische Botschaft und Ferry aufgeregt habe. In diesem Briefe sei gesagt worden, der Reichskanzler habe gegen Frankreich die guten Willen gezeigt und es scheine ihm auffällig, daß beide Länder geeignet seien, sich einander näher zu treten; er habe den Augenblick für gekommen, um dies zu verwirklichen; er habe sich hierauf über die Fragen betreffs der afrikanischen Westküste ausgelassen und besonders über Colonien ganz unerwartete Ansichten ausgesprochen, die Courcel und Ferry in Staunen gesetzt hätten; endlich, nachdem er angedeutet, was er wolle, habe er bemerkt, daß in dem wenig wahrscheinlichen Falle, daß man dieses Anerbieten nicht annehme, er sich nach einer andern Seite wenden werde. Infolge dieses seltsamen Vorganges sei Courcel nach Paris und dann nach Barzin gegangen. Hier erklärte er, daß Frankreich deutschen Kaufleuten gestatten werde, sich in allen seinen Colonien der afrikanischen Westküste nördlich von Gabun niederzulassen, als Gegenleistung sollten die französischen Kaufleute sich in der Colonie Kamerun niederlassen, jedoch nicht in Angola, Bequena. Bevor Bismarck auf diese Forderung kam, hatte er Courcels Aufmerksamkeit auf Egypten gelenkt und vor seinen Augen eine mächtige Hülfe schillern lassen, welche den französischen Interessen am Nil sehr zu statten kommen würde. Courcel wich aus. Bismarck sprach nun von einer neuen Konferenz, welche in Paris unter seiner persönlicher Mitwirkung stattfinden und England den Beweis eines engen Bündnisses zwischen beiden Ländern liefern sollte. Courcel hielt diese Pariser Konferenz für unmöglich und der Plan wurde fallengelassen. Das Einverständnis wurde offensichtlich auf die westafrikanischen Fragen beschränkt, aber es wurde ausgemacht, daß Frankreich auf Deutschlands gute Dienste in China und Deutschlands Unterstützung in der ägyptischen Frage rechnen könne. So lautet die keineswegs zuverlässige Darstellung des „Telegraphe“, der als Gegner der Regierung von amtlichen Vorgängen schwerlich gut unterrichtet und nebenbei auch dem deutsch-französischen Einverständnis nicht gewogen ist.

Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die von der Reichsregierung geplante Entsendung eines Geschwaders deutscher Kriegsschiffe an die westafrikanische Küste zum Schutze der dortigen deutschen Niederlassungen schon in nächster Zeit zur Ausführung gelangen wird. Wie aus Kiel gemeldet wird, ist der Befehl zur Bildung des Geschwaders bereits ertheilt. Dasselbe soll aus den Corvetten „Bismarck“, „Flaggschiff“, „Gneisenau“, „Ariadne“ und „Olga“ bestehen. Zum Geschwaderchef ist der Contreadmiral Knorr ernannt.

hat. Erst etwa zwei Jahrzehnte nach Gabelsberger tauchte in Berlin das zweite, überhaupt für die Wahl in Frage kommende, das Stolze'sche System auf, welches in weitestlichen Theilen auf den von Gabelsberger geschaffenen Grundzügen fußt. Dasselbe erfuhr aber fast unmittelbar nach dem Tode seines Erfinders eine grundsätzliche Spaltung in zwei ganz selbstständige Richtungen, die sich unter einander ebenso heftig bekämpft haben, wie beide zusammen das Gabelsberger'sche System und umgekehrt. Allerdings haben beide Systeme seit Jahrzehnten im praktischen Gebrauch, sowohl als Correspondenz- wie als Debattenschrift Anwendung gefunden: die Mängel aber, welche den beiden Stolze'schen Systemen anhaften, bleiben trotzdem augenfällig und sind auch das beständige Ziel von Reformversuchen in beiden Systemen, wie sie sich im Gabelsberger'schen System nicht finden. Sie bestehen darin, daß das Stolze'sche System zur Durchführung seines eigenthümlichen Vocalisations-Principes der Dreizeihigkeit bedarf, d. h. daß dasselbe Wortbild auf einer mittleren, oberen oder unteren Zeile jedesmal eine andere Bedeutung hat; daß es in der Debattenschrift nicht so leicht zu handhaben und zuverlässig ist, wie die Gabelsberger'sche; daß das Stenogramm eines Stolze'schen Stenographen von einem andern Stenographen derselben Richtung nicht so leicht und sicher wiedergelesen werden kann, wie dies beim Gabelsberger'schen System der Fall ist. Der Grund liegt darin, daß die Stolze'sche Debattenschrift mit einer Anzahl von Sigeln (Wortkürzungen) arbeiten muß, welche sich der Einzelne ganz nach Willkür und Neigung bildet, während Gabelsberger seinem System in den auf die Gesetze der deutschen Sprache gegründeten sogenannten logischen Kürzungen ein geniales Mittel gegeben hat, welches selbst dem schnellsten Redner zu folgen und das Wiederlesen auch einem andern Stenographen desselben Systems ohne Mühe ermöglicht, Kürzungen, deren Anwendung zwar an allgemeine Regeln gebunden ist, gleichwohl aber, weil sie eben logische Kürzungen sind, der individuellen Anlage und Auffassungsgabe einen gewissen Spielraum gewährt.

4. Stand der in Betracht kommenden Stenographie-Systeme.
Wenn trotzdem das Stolze'sche System gegenüber dem Gabelsberger'schen sich in Preußen einen gewissen Vorsprung errungen hat, so ist dies lediglich auf den Umstand zurückzuführen, daß es im Abgeordnetenhanse allein, im Herrenhanse vorwiegend und im Reichstage zur Hälfte in amtlichem Gebrauch steht, der authentische Nachweis für die praktische Brauchbarkeit und der natürliche Stützpunkt eines Systems aber nach dem oberflächlichen Urtheile des Laienpublicums in erster Linie in den Parlamenten gesucht wird. Die amtliche Verwendung des Stolze'schen Systems im preussischen Landtage ist nun aber keineswegs etwa aus einer behördlichen Prüfung der beiden mehrgenannten Systeme hervorgegangen, sondern aus thatsächlichen Verhältnissen, welche mit dem Werth oder Unwerth der verschiedenen Stenographie-Systeme gar nicht in Zusammenhang stehen. Denn ursprünglich war von der preussischen Staatsregierung der jetzige praktische Arzt, Prof. Dr. Wigard in Dresden, ein unmittelbarer Schüler Gabelsbergers, zur Bedienung der amtlichen Stenographen-Bureau engagirt, und er hat auch die ihm gestellte Aufgabe beim ersten preussischen Landtage zur vollen Zufriedenheit der Regierung gelöst, so daß sein Uebertritt in den preussischen Staatsdienst als General-Director der Stenographen-Bureau des Landtags der Monarchie und der Provinzial-Landtage in Aussicht genommen war. Die schon bis zur Allerhöchsten Vollziehung gediehene Ausführung dieser Absicht scheiterte noch im letzten Augenblicke an dem Zutritte der stenographischen Systemgegner, welche sich ausschließlich gegen die Persönlichkeit Wigard's wendeten und eine politische Verdächtigung des Nichtpreußen zu Stande zu bringen vermochten. Für eine solche Behandlung der Sache bieten die heutigen politischen Verhältnisse bei der Wahl eines einheitlichen Stenographie-Systems nicht mehr Raum, wohl aber sind andere, schwerer wiegende Momente für eine gegentheilige Entscheidung des Gabelsberger'schen Systems in Betracht zu ziehen. Als ein solches wird zunächst zu gelten haben, daß

Deutsches Reich.

Berlin, 28. September.

— Die Kaiserin legt die Massagekur, welche von so überraschender und erfreulicher Wirkung auf ihre Wiedergenesung, besonders zur Beseitigung der zufolge ihres letzten Unfalles eingetretenen Lähmungen gewesen ist, wie die „S. Z.“ schreibt, pünktlich und genau auch auf ihren gegenwärtigen Reisen fort. Fest engagiert in ihrem Hofdienst ist für die Applizierung dieser sogenannten Streich- und Knektur eine Frau aus Schlesien. Verbunden mit dieser äußerlichen Kur und für die innere Kräftigung der hohen Frau ebenfalls von sehr wohlthuendem Einfluß ist die Diätetik, wonach jeden Morgen vor dem Kaffee ein Glas Rothwein mit Eingenommen wird, während ihre diätetische Lebensweise ziemlich unverändert die einfache frühere ist.

— Der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird aus Hamburg gemeldet, daß am Freitag in Folge einer Einladung des Reichskanzlers die hauptsächlichsten Vertreter derjenigen Hamburger Firmen, welche am Handel mit Westafrika theilhaftig sind, sich nach Friedrichsruhe begeben haben. Der Reichskanzler soll dieselben eingeladen haben, um deren Ansichten über die zukünftige Regelung der Verhältnisse der deutschen Niederlassungen in Westafrika zu hören. Zugleich verlaute, daß mit Frankreich und England über die Gestaltung unserer nachbarlichen Beziehungen an der Küste von Westafrika Unterhandlungen schweben, die alle Aussicht auf eine freundschaftliche Verständigung über etwa mögliche Streitpunkte versprechen.

— Der auf den Kulturkampf bezüglichen Passus in der bekanntlich vom Kaiser abgelehnten Adresse des westfälischen Adels hat folgenden Wortlaut: Auch die schweren Leiden, welche der kirchenpolitische Kampf in den verflochtenen dreizehn Jahren über Ew. Majestät katholische Unterthanen gebracht hat, können die Treue westfälischer Herzen nicht erschüttern. Aber wir dürfen in derselben gewissenhaften Treue nicht schweigen, wenn wir auf die Ruinen blicken, welche dieser Kampf angehäuft hat, wenn wir fort und fort den Schmerzensruf der Millionen hören, denen die freie Ausübung ihrer Religion verschränkt ist, wenn wir so viele Pfarren noch verwaist, die Heranbildung des Clerus und die Seelsorge behindert, die katholische Kirche in Fesseln gelegt sehen. Und währenddessen mehren sich die furchtbaren Verbrechen; die dunkeln Mächte der Revolution gegen Thron, Vaterland und Gesellschaft finden in den verwilderten, Gott entfremdeten Herzen den bereiten Boden, ihre unheilvollen Kräfte zu entwickeln und zuletzt alles in Frage zu stellen. Wir sind dankbar, daß Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät Huld die Hinternisse gehoben, welche der Rückkehr des Bischofs von Münster in seine Diocese entgegenstanden, wie für die erfolgte Wiederbesetzung des bischöflichen Stuhles von Paderborn; wir danken allerunterthänigst für alle eingetretenen Erleichterungen. Aber dieselben können in ihrer Beschränkung die vorgeschilderten Leiden und Gefahren nicht beseitigen. Ew. Kaiserliche und Königliche Majestät haben das erhabene, in den Herzen aller getreuen Unterthanen wiederklingende Fürstenthum ausgesprochen, es solle Ihrem Volke die Religion erhalten werden. Allerhöchstselben bezeichneten bei der Erbhuldigung Ihres getreuen Volkes zu Königsberg im Jahre 1861 zu Allerhöchstdero Genugthuung das Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche als durch Geschichte, Gesetz und Verfassung wohlgeordnet. Ew. Kaiserliche und Königliche Majestät wollen Allerhöchsigst geruhen, diese bewährte Ordnung wieder herstellen zu lassen, zu dem reichen Segen Allerhöchstdero Regierung auch das werthvollste Gut, den innern Frieden, hinzuzufügen und Allerhöchstdero katholische Unterthanen von der schwersten auf denselben lastenden Bedrückung zu befreien. Darum bitten in tiefster Ehrfurcht Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät allerunterthänigst treuegehorsamst u.“

— Wie nach der manchmal officios bedienten „Börsezeitung“ verlaute, soll es in der Absicht der Regierung liegen, auf Grund der bei den diesjährigen Flottenübungen und Übungen im Küstendienst gemachten Beobachtungen noch neue Befestigungen bei Neufahrwasser anzulegen, beziehungsweise vorhandene zu verstärken. Eine ähnliche Absicht soll auch für die Hafensbefestigungen von Wilhelmshaven bestehen. Für Pillau und Memel sollen Panzerforts zum Schutze der Hafeneinfahrten in Aussicht genommen sein.

aufser der vorhin angegebenen parlamentarischen Verwendung das Stolze'sche System in keinem andern deutschen Parlament amtlich zugelassen ist, dagegen das Gabelsberger'sche neben der Theilnahme in den Berliner parlamentarischen Stenographen-Bureau in denjenigen der übrigen deutschen Staaten, sowie in Oesterreich ausschließlich in Gebrauch steht. In Sachsen besteht seit einer längeren Reihe von Jahren eine besondere Staatsanstalt nur für stenographische Zwecke, das königliche stenographische Institut in Dresden, dessen Mitglieder aus der Staatscasse besoldet werden und insbesondere zu sorgen haben für die Bedienung der Landtags-Stenographen-Bureau, Heranbildung von praktischen Stenographen, Ausbildung von Lehrern der Stenographie, die nur auf Grund einer vor dem genannten Institut abzulegenden Prüfung an den öffentlichen Lehranstalten zugelassen werden. Eine ähnliche Einrichtung besteht in Baiern, indem der „Gabelsberger Stenographen-Centralverein“ zu München von der Regierung mit denselben Functionen für Baiern betraut ist. Beide Körperschaften haben außerdem, gewissermaßen als Mandatare der Regierung, zusammen die Hälfte der für das Stenographen-Bureau des deutschen Reichstags erforderlichen Stenographen dahin zu entsenden. In Baiern und Sachsen, sowie auch in Oesterreich, ist ferner die Stenographie nach dem System Gabelsberger's seit geraumer Zeit als Unterrichts-Gegenstand an den Gymnasien, Realschulen, Kadettenanstalten u. eingeführt und das Lehren eines andern Systems an diesen Anstalten ausdrücklich untersagt.

— Der in Spandau erscheinende „Anz. f. d. Havell.“ schreibt: Der Feuerwerker Wegener vom 8. Fuß-Artillerie-Regiment, bereits längere Zeit zum hiesigen Feuerwerks-Laboratorium kommandirt, tritt mit dem Range eines Secondelieutenants in chinesische Dienste über. Zugleich mit ihm gehen noch ein Major und ein Ober-Feuerwerker, beide vom 4. Fuß-Artillerie-Regiment, nach China. Herr Wegener, hier in vielen Kreisen der Stadt bekannt und beliebt, hat sich kurz entschlossen, da die gestellten Bedingungen sehr günstige sind, und befindet sich, nachdem sein Militärverhältnis hier ohne besondere Schwierigkeiten gelöst ist, wenn diese Zeilen unseren Lesern zu Gesicht kommen, bereits auf dem Wege nach Triest, um von dort aus seiner neuen Heimath zuzudampfen.

Münster, 25. Septbr. Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, v. Hagemeister, hat folgende Bekanntmachung erlassen: Se. Maj. der Kaiser und König haben allergnädigst geruht, gestern im Augenblicke des Abschiedes von hier in gnädigen Worten mir zu erkennen zu geben, wie Se. Majestät durch den herzlichen und freundlichen Empfang in der Stadt Münster freudig bewegt worden seien. In gleichem Sinne geruhten Ihre Majestät die Kaiserin Königin allerhöchst sich auszusprechen, und gleichzeitig allerhöchst Ihrem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck zu geben, in Folge der anstrengenden Reise behindert worden zu sein, die Wohlthätigkeitsanstalten und Krankenhäuser der Stadt zu besuchen. Zudem ich meinen Mitbürgern in der Stadt Münster und allen Bewohnern der Provinz hiervon Kenntniß gebe, darf ich mich überzeugt halten, daß die Erinnerung an den Besuch des geliebten erlauchten Herrscherpaars in aller Herzen unauslöschlich fortleben wird.

Koblenz, 27. September. Se. Majestät der Kaiser hat dem Oberpräsidenten einen Erlaß zugeben lassen, in welchem er seine große Befriedigung über die Beweise der Anhänglichkeit und Ergebenheit aus allen Kreisen der ihm durch persönliche Beziehung nahestehenden Rheinprovinz ausspricht. Er fühle sich zu lebhaftem Danke bewegt, nachdem er Zeuge gewesen der erhabenen Feier der Enthüllung des von der Provinz dem ruhmreichen Führer ihrer Söhne gewidmeten Denkmals, das für die Rheinlande selbst ein ehrendes Monument sei. Schließlich wird der Oberpräsident angewiesen, den theilhaftigen Ortschaften die Anerkennung des Kaisers über die fast überall gute und entgegenkommende Aufnahme der Truppen auszusprechen.

Leipzig, 26. Sept. Von der hiesigen Polizei wurden gestern Vormittag vier umfangreiche, aus Stuttgart für eine hiesige Buchhandlung angekommene, angeblich Kalender enthaltende Ballen auf dem Bayerischen Bahnhofe beschlagnahmt. In den Ballen befanden sich nämlich nichts weniger als Kalender, sondern sie bargen etwa 50 000 Exemplare sozialdemokratischer Wahlaufsätze für Bebel und Bielecki. Die Beschlagnahme erfolgte auf Grund des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Ein hiesiger Cigarrenmacher, der die Ballen zum Zwecke der Vertheilung des Inhaltes an der Adressenliste in Empfang nehmen wollte, wurde heute polizeilich angehalten.

Ausland.

Rom, 27. Sept. Cholerabericht vom 26. Sept. In ganz Italien erkrankten 411 Personen und starben 205, davon in der Stadt Genua 38 Erkrankungen und 12 Todesfälle, und in der Stadt Neapel 166 Erkrankungen und 63 Todesfälle.

Paris, 27. Sept. In dem heute Vormittag stattgehabten Ministerrathe theilte der Ministerpräsident Ferry die letzten Depeschen des Admirals Courbet mit, in welchen dieser anzeigt, daß die Vorbereitungen beendet seien und daß eine weitere Action unmittelbar bevorstehe. Der Ministerpräsident machte ferner von den die ägyptische Frage betreffenden Schriftstücken Mittheilung, namentlich von dem Texte der identischen Note, in welcher das Schreiben Rubar Paschas und der Beschluß betreffend die Aufhebung der Amortisirung der Staatsschuld für null und nichtig erklärt werden. Der Ministerrath beschloß, daran festzuhalten, die Kammern zum 14. October einzuberufen. Was das Budget pro 1885 angeht, so glaubt man, daß zwischen der Regierung und der Commission ein Einverständnis behufs Ersparniß von 50 Millionen Francs erzielt werden wird.

— In dem Departement der Ostpyrenäen sind gestern 13 Personen an der Cholera gestorben. Der Gesundheitszustand in Paris ist vorzüglich; es starben im Laufe der Woche nur 922 Personen, davon 42 Personen am Typhus und 1 Person an sporadischer Cholera.

— Dem Journal „Paris“ zufolge wird Courbet nach Kelung gehen, die chinesische Garnison vertreiben, die Höhen bei Kelung besetzen und ein Occupationscorps zurücklassen; Frankreich besitze dann ein Pfand, werthvoller als die geforderte Entschädigung, und könne dann die Ausführung des Vertrages von Tientsin abwarten.

Warschau, 27. September. Der Kaiser und die Kaiserin sind gestern von der Vorstadt Praga aus, wohin sich dieselben bei ihrer Ankunft alsbald mit der Gürtelbahn begaben, auf der Petersburger Bahn nach Petersburg zurückgekehrt.

Kairo, 27. Sept. Heute fand im englischen Generalkonsulate eine Konferenz über die Finanzangelegenheiten Egiptens statt, woran Northbrook, Baring, Rubar Pascha, Finanzminister Mustapha Pascha, Fehmy und Blum Pascha theilnahmen. Wolseley ist mit dem Generalstabe heute nach Wadyhalfa abgegangen.

Madrid, 27. Sept. In ganz Spanien sind gestern 10 Personen an der Cholera gestorben.

Aus dem Großherzogthum.

Oldenburg, 29. September

— Zu Hauptgeschworenen des am 20. f. Mts. zusammentretenden Schwurgerichts sind ausgelooft: Kaufmann

Mendelssohn-Zever, Landmann Heimr. Achgelis-Treuenfeld, Sattler B. Böhlen-Kastede, Rentier G. Christians-Zever, Korffabrikant G. Wichmann-Delmenhorst, Landm. G. Bruns-Blöhersfelde, Halbbaumann J. D. Rübush-Kirckhimm, Landmann W. Bartels-Zaberkreuzmoor, Kaufmann Carl Töbelmann-Delmenhorst, Landm. J. Grahlmann-Groß-Ottem, Kaufmann J. B. Chr. Willers-Oldenburg, Hofbuchbinder P. J. L. Timpe-Oldenburg, Mühlenbesitzer J. W. Thiege-Boothorn (Gemeinde Ganderkesee), Landwirth U. G. Deltjen-Nord-Vollenhagen, Landwirth W. Kämena-Süderbrook, Kaufmann J. G. Heintzen-Westerstede, Haussohn J. Fiden-Lindern, Haussohn G. Hepens-Neu-Scharrel, Kaufm. J. Wreesmann-Barfel, Proprietair G. Snyassen junr.-Brake, Landmann D. Bruhnen-Middoge, Landmann B. Vollenhagen-Nord-Vollenhagen, Haussohn J. Hellbusch-Großentfeten, Kaufmann J. Goldschmidt-Brake, Landmann B. Michaelsen-Kronsburg, Hausmann E. Schröder-Sandfeld, Landmann G. Niemiets-Sande, Maurermeister J. H. Thien-Nastede, Kaufmann J. Höft-Westerstede und Spinnermeister B. Engelmann-Lohne.

— Im IX. Wahlkreis (Fürstenthum Birkenfeld) sind zu Abgeordneten für den Landtag des Großherzogthums gewählt worden die Herren: Schöffe Hans-Schwarzenbach, Lehrer Weis-Birkenfeld, Kaufmann Klein-Oberstein und Schöffe Wagner-Kirckweiler. Bisher war der Wahlkreis vertreten durch die H. H. Schöffe Wagner, Apotheker Schüler-Kohfelden, Schöffe Keller-Oberstein und Fondsverwalter Henn-Birkenfeld.

— Laut Bekanntmachung des großherzoglichen Staatsministeriums wird der vom 1. Oct. ab zum Amtshauptmann des Amtes Brake ernannte Herr Oberamtsrichter Willich in seiner Stellung als Vorsitzender des Seeamtes Brake verbleiben.

— Die großherzogliche Theater-Commission macht bekannt, daß bei Wiederholungen im Repertoire künftig die graden und ungraden Vorstellungszahlen berücksichtigt werden sollen. Damit würde denn endlich ein längst gefühlter Uebelstand beseitigt; hoffentlich wird diese Neuerung auch immer genau durchgeführt werden.

— Dem Vernehmen nach fand am letzten Freitage eine Besprechung zwischen einem Unternehmer und unserm Stadtbaumeister über die Anlegung eines Wasserwerkes in Oldenburg statt. Auch ist im Beisein des Herrn Oberbauinspector Meyer in Donnerschnee eine Besichtigung der dortigen Untergrund-Verhältnisse vorgenommen worden. Eingezogener Erkundigung nach soll der Unternehmer geneigt sein mit der Stadt Oldenburg in dieser Angelegenheit in Unterhandlung zu treten, und hat sich derselbe das von unserm Stadtbaumeister aufgestellte Prospect sammt den weiteren Unterlagen zur näheren Einsichtnahme ausgeben.

— Der kürzlich verstorbenen Proprietär, frühere Buchhalter Victor's hat testamentarisch seinen Gesamtnachlaß im Betrage von 9000 M. zu wohlthätigen Zwecken bestimmt und zwar hat derselbe u. a. dem Lambertistift 600 M., der kirchlichen Armenpflege für Stadt- und Landgemeinde je 300 M., dem Kirchenrath zu Oldenburg 300 M. überwiesen.

— Wie wir zuverlässig hören, wird mit der Schienenlegung für die Pferdebahn in der Radorferstraße am Montag nach dem Kramermarkt begonnen werden.

— (Eingefandt.) Seit Beendigung der Locomobil-Pumparbeiten am Stauthore, also seit 4 Wochen, lagert bei der Posthausbrücke eine anscheinend zum städtischen Spritzen-Inventar gehörende sogenannte Schlauchbrücke. Es wäre interessant zu erfahren, ob etwa befürchtet wird, daß die Cholera-Gefahr wieder näher rückt, und man beabsichtigt, die Brücke dort solange liegen zu lassen, damit sie bei Wiederaufnahme der Pumparbeiten gleich wieder Verwendung findet.

Aus der Nachbarschaft.

s-Leer, 28. Septbr. Am Sonnabend Abend hielt der hies. „Verein für Gabelsberger'sche Stenographie“ im Vereinslokal seine VI. Generalversammlung ab. Nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden, Herrn Kaufmann Graffenberger, wurden zunächst die von den auswärtigen Mitgliedern, u. a. den Herren Prof. Dr. Heyde, Director Wagner zu Dresden und A. Zukertort-Berlin, eingegangenen Grüße zur Kenntniß der Anwesenden gebracht, worauf der Schriftführer den Jahresbericht verlas. Demselben ist Folgendes zu entnehmen. Die Mitgliederzahl beträgt 35, davon entfallen auf die ordentlichen Mitglieder 21, auf die korrespondirenden und die Ehrenmitglieder je 7. Außer den regelmäßigen wöchentlichen, der Übung dienenden Versammlungen wurden 12 Hauptversammlungen, sowie einige Vorstandssitzungen zur Erledigung der laufenden Geschäfte abgehalten. Die Jahresrechnung weist eine Einnahme von 184 M. 86 S., eine Ausgabe von 165 M. 25 S., demnach einen Bestand von 19 M. 61 S. auf. Die Bibliothek zählt 316 Nummern im Werth von 547 M. 20 S. Das Gesamtvermögen des Vereins beträgt 657 M. 50 S. Der Gabelsbergerdenkmalfonds enthält 50 M. Der Bericht schloß in der Hoffnung, daß sämtliche Mitglieder auch fernerhin, trotz der dem Streben des Vereins vielfach entgegengebrachten Gleichgültigkeit, treu für die Verbreitung der Kunst wirken möchten, mit einem Hoch auf die Gabelsberger'sche Stenographie. Die statutengemäß aus dem Vorstande ausscheidenden Herren wurden wiedergewählt.

— In der Nacht vom Freitag auf Sonnabend brannte ein zu Terborg belegenes, der hiesigen lutherischen Armen-Verwaltung gehörendes Plaggebäude vollständig nieder. — Der hiesige Liederkreis „Cuterpe“ feierte heute unter zahlreicher Theilnahme von nah und fern das Fest seines 25jährigen Bestehens. — Am Sonnabend Mittag fiel der beim Entlöschern des mit Kohlen hier angekommenen englischen Dampfers „Glenmore“ beschäftigte Arbeiter Stöhr von hier über Bord und konnte trotz sofort angestellter Rettungsversuche doch nur als Leiche aus dem Wasser gezogen werden. Derselbe hinterläßt eine Frau mit mehreren, darunter zwei noch unerwachsenen Kindern.

Norden, 23. Sept. In der heute Abend abgehaltenen Plenarversammlung der städtischen Collegien wurde mit allen Stimmen gegen die des Senator Eiben beschlossenen, der von dem Director v. Stülpnagel projectirten Anlegung einer Trambahn mit Locomotivbetrieb vom Bahnhofe durch die Stadt nach Norddeich unter der Bedingung zuzustimmen, daß ein näher zu vereinbarendes Theil des Reingewinns in die Kammereikasse fließe. Die Ausführung der Anlage, die geeignet ist, fast den ganzen Verkehr mit Norddeich über hier zu lenken, wird nunmehr hoffentlich recht bald beginnen.

(W. 3)

Vermischtes.

— Zimmer fein hochdeutsch. Aus einem kleinen Städtchen Pommerns wird die folgende kleine charakteristische Geschichte erzählt. In einen dort wohnenden Rechtsanwalt wurde eine biedere pommersche Bauernfrau gewiesen, die eine Klage von dem Rechtsbeistand aufgenommen haben wollte. Im Vorsturz des betreffenden Hauses angekommen, fragt die Frau einen ihr Begegnenden nach der Wohnung des Herrn „Schlüssel“. „Schlüssel?“ wiederholt kopfschüttelnd der Angeredete; „der wohnt hier nicht. Sie werden sich wohl in der Hausnummer geirrt haben.“ „Ih wo — det kann nich sein.“ erwidert die Frau, „se hebben mich doch tu Hus jeseggt, dat hei hier wohnt.“ „Schlüssel?“ wiederholt nochmals der Befragte, bis er mit einem Mal lachend ausruft: „Ach, Sie meinen wohl den Rechtsanwalt Schlötel?“ „Hm, da is hei,“ nickt befriedigt die Frau; aber ich kann doch so'n feinen Herrn nicht „plattbütsch“ anreden.“

— Die Regelbahn als „Bänkchen“. Wie arg die Spielwuth mitunter grassirt, davon gibt ein Vorfall Zeugniß, welcher sich kürzlich bei Teplitz ereignet. Der dortigen Gendarmerie wurde kürzlich die Anzeige erstattet, daß in einem Gasthause eines benachbarten Ortes eine Gesellschaft dem Regelspiel oblag. Inwieweit dieses als „Spiel“ zu betrachten war, möge daraus entfallen, daß auf eine Kugel 1000, auf eine andere 1800 Gulden gesetzt wurden! — Die Theilnehmer an der „Unterhaltung“ wurden dem Bezirksgerichte zur Anzeige gebracht.

— Vom Kommabacillus. Die Geschichte des sog. Cholera-bacillus hat — gleichzeitig mit der Aufsehen erregenden Entdeckung dieser Pilzform bei der einheimischen Brechruhr durch Prof. Finckler und Dr. Prior zu Bonn — eine sehr unerwartete Wendung genommen durch die soeben von der englischen Fachzeitschrift Lancet veröffentlichten Untersuchungen des berühmten englischen Pathologen und Mikroskopikers Prof. Lewis. Derselbe unterwarf die auch von ihm in Choleraleichen, welche ihm im Pharo-Hospital zu Marseille zur Verfügung gestellt wurden, aufgefundenen koma-förmigen Bacillen eingehenden Vergleichen mit den bei Nichtcholerafranken vorkommenden niedern Pilzformen und gelangte zu dem überraschenden Ergebnis, daß der Kommabacillus in der Mundflüssigkeit nicht bloß Kranker, sondern auch Gesunder eine gewöhnliche Erscheinung ist.

Seine ungewöhnliche Verbreitung und Vermehrung im Darmcanal der Cholera- und Brechruhrkranken sei dadurch zu erklären, daß die massenhaften serösen Ausscheidungen bei diesen Zuständen eine der genannten Pilzform ausnehmend günstige Nährflüssigkeit bilden, in welcher dieselbe sich nicht bloß zu behaupten, sondern auch massenhaft zu vermehren vermöge. Die Redaction des Lancet bestätigt die volle Uebereinstimmung der Form zwischen den von Lewis ihr gesandten Präparaten und den von Koch beschriebenen und abgebildeten Cholera-pilzen. Ob es sich bei den Finckler-Priorischen und bei den Lewisischen Kommabacillen um Varietäten oder um identische Wesen mit den von Koch in Choleraleichen gefundenen und als Ursache der Cholera bezeichneten Parasiten handelt, muß durch weitere Forschungen ermittelt werden; jedenfalls ist die Hoffnung, in dem Befunde von Kommabacillen ein Mittel zur Erkennung der asiatischen Cholera gewährt zu sehen, eine trügerische gewesen und dürften die auf diese Voraussetzung begründeten staatlichen Maßnahmen daher wieder rückgängig werden.

— Ein Novum auf dem Gebiete des Versicherungswesens planen die Turnvereine des Gau's Rheinhessen. Auf der Tagesordnung ihrer letzten Versammlung in Mainz stand u. A. das Thema: „Unfallversicherung für beim Turnen verunglückte Turner“. Der Gauvertreter legte hierzu einen von dem Gauausschuß verfaßten Statutenentwurf vor. Die Versammlung nahm den Entwurf vorläufig auf die Dauer eines Jahres an.

— Im „Ulk“ findet sich folgende Anspiegelung auf die Namen der Männer, welche an der afrikanischen Westküste die deutsche Fahne aufpflanzten.

Der Mann, der für Haus Lüderich
Das Document nahm in Besitz,
Bekundend deutschen Thatendrang,
Heißt Vogelsang.

Der, welcher trogend arger List
Die deutsche Fahne aufgehüft
In Kamerun bei Bollerichall,
Heißt Nachtigall.

Den Friedensflug des deutschen Nar
Verkündet dieses Namenpaar,
Das ist kein Ruf wie Donnerhall:
Hier Vogelsang, dort Nachtigall!

Schiffsnachrichten.

Oldenburg, 27. Sept. Der Dampfer „Oldenburg“, Kapl. Wolters, hat gestern von Lissabon die Heimreise über Sines angetreten.
— Ang. von Bremerhaven: S. Kaiser. Von Bremen: C. Sillen. Von Bremerhaven: J. Willers.
— 29. Sept. Ang. von Brate: J. Schröder. — Abg. nach Bremerhaven: L. Heiners.
St. Petersburg, 26. Sept. Laut Telegramm aus San Francisco vom 25. d. war das deutsche Schiff „Theodor“, Rantow, daselbst wohlbehalten von Guayaquil angekommen.

Nordenhamm, 26. Sept. Ang. von Philadelphia: Dtsch. Bark „Germania“, Kapl. Goerne, mit Naphta. — Abg. nach Newyork: Am. Bark „Tilli Vater“, Kapl. Carty.

— 27. Sept. Ang. von Odeffa: Engl. D. „Stag“, mit Roggen.
Bremen, 27. Sept. (Telegramme des Norddeutschen Lloyd.) Der Postdampfer „Elbe“, Kapl. F. Samelmann, welcher am 17. September von Bremen und am 18. September von Southampton abgegangen war, ist gestern 11 Uhr Abends wohlbehalten in Newyork angekommen.
Der Postdampfer „Hohenzollern“, Kapl. A. Meyer, nach dem La Plata bestimmt, ist gestern wohlbehalten St. Vincent passirt.
Der Postdampfer „Graf Bismarck“, Kapl. L. Störmer, ist heute 8 Uhr Morgens wohlbehalten in Antwerpen angekommen.
Laut telegraphischer Depesche aus Bahia ist der Postdampfer „Straßburg“, Kapl. S. Seinede, am 26. d. M. von dort nach See gegangen.

Oldenburgische Spar- und Leihbank.

Coursbericht		gekauft	verkauft
vom 29. September 1884.			
4 1/2%	Deutsche Reichsanleihe (Stücke à 200 M im Verkauf 1/4% höher.)	103,10	103,65
4%	Oldenburger Consols (Stücke à 100 M im Verkauf 1/4% höher.)	102	103
4%	Stollhammer und Butjadinger Anleihe	100,25	—
4%	Jeverische Anleihe	100,25	—
4%	Bareler Anleihe	100,25	—
4%	Dammer Anleihe	100,25	101,25
4%	Wibbeshauser Anleihe (Stücke à M. 100)	100,25	101,25
4%	Brater Sielachs-Anleihe	100,25	101,25
4%	Oldenburger Stadt-Anleihe	100,25	101,25
4%	Obersteiner Stadt-Anleihe	100,25	101,25
4%	Wiesbadener Stadt-Anleihe	100,75	101,75
4%	Landschaftliche Central-Pfandbriefe	101,50	102,05
3%	Oldenburger Prämien-Anleihe per Stück in M.	151,40	—
4%	Cutin-Lübbecke Prior.-Obligationen	100,50	101,50
3 1/2%	Hamburger Staatsrente	93,40	93,95
4%	Preussische consolidirte Anleihe	103,10	103,65
4 1/2%	Preussische consolidirte Anleihe	102,25	—
5%	Italienische Rente (St. von 10000 fr. u. darüber)	95,90	96,45
5%	Italienische Rente (Stücke von 4000, 1000 und 500 fr.)	96	96,70
5%	Russische Anleihe von 1884	93,60	94,15
4%	Satzammergut-Prioritäten, garantirt.	92,40	92,95
4%	Schwedische Hypothekbank-Pfandbriefe von 78 (Stücke von 600 u. 300 M im Verkauf 1/4% höher.)	94,95	95,50
4%	Pfandbriefe der Rheinischen Hypothekbank	99,50	100,50
4 1/2%	do. Braunsch.-Hannov. do.	99,50	—
4%	do. do. do.	95,90	96,45
4%	do. Preussische Boden-Credit-Actien-Bank	98,45	99
5%	Borussia-Prioritäten	100,25	—
4%	Norddeusch. Lloyd-Prioritäten	98,70	99,25
Oldenburgische Spar- und Leih-Bank-Actien (Vollgez. Actie à 300 M 4% Zins vom 1. Jan. 1884.)		—	—
Oldenburger Eisenhütten-Actien (Augustsehn) (4% Zins vom 1. Juli 1884.)		—	88
Oldenb.-Portug. Dampsch.-Rheb.-Actien (4% Zins vom 1. Jan. 1884.)		—	118,50
Oldenburger Versicherungs-Gesellschafts-Actien per Stück ohne Zinsen in M.		—	400
Wechsel auf Amsterdam kurz für fl. 100 in M.		167,80	168,60
" " London kurz für 1 Sch.		20,315	20,415
" " New-York kurz für 1 Doll.		4,18	4,23
Holländ. Banknoten für 10 Gldn.		16,75	—

Bekanntmachung.

Nachdem die Wahl der Abgeordneten zum Reichstage des Deutschen Reichs für die nächste Zeit in Aussicht genommen und die Liste der Wähler für die Wahlbezirke 1 bis 6 der Stadtgemeinde Oldenburg aufgestellt sind, werden diese Listen vom 30. d. M. bis zum 8. f. M., beide Tage einschließlich, in der Registratur des Rathhauses zu Jedermanns Einsicht ausgelegt sein.

Wer die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum 8. f. M. bei dem Gemeindevorstande schriftlich anzeigen oder zu Protocoll geben und muß die Beweismittel für seine Behauptungen, falls dieselben nicht auf Notorietät beruhen, beibringen. Die Entscheidung darüber erfolgt, wenn nicht die Erinnerung sofort für begründet erachtet wird, durch die dem Gemeindevorstande vorgeordnete Behörde bezw. den demselben vorgeordneten Beamten und wird durch Vermittelung des Gemeindevorstandes den Betheiligten bekannt gemacht.

Oldenburg, den 23. Septbr. 1884.
Vorstand der Stadtgemeinde
Oldenburg.
v. Schrend.

Bekanntmachung.

Die Frauen- und Männer-Badeanstalt am Jordan bezw. an der Neuenhuntestraße werden vom 1. October d. J. an geschlossen sein. Die Betreffenden werden aufgefordert, ihre Badaufschriften bis zu jenem Zeitpunkte abholen zu lassen.

Oldenburg, den 25. September 1884.
Stadtmagistrat.
v. Schrend.

Das Familienbuch der Gebildeten.
Ule-Langhoff's
WARUM UND WEIL
(Physik und Chemie für Jedermann.)
à Mark 3,50.
Verlag von Hermann in Berlin.
Vorräthig in jeder Buchhandlung.

In Oldenburg bei S. Sinken.

Herren-Confections-Geschäft

von

Rudolf Holste,
Oldenburg,
Lange Straße 87.

Vorschriftsmäßige Herstellung sämtl. Uniformen.

Cementgußwaaren,

als:
Brunnenringe (innere Weite 90 Centimeter)
Röhren in Weiten von 10—90 Cent.
Schweinstöße und Gossensteine in verschiedenen Größen.
Profilirte Treppenstufen, Trittschwellen und Fensterbänke nach jedem angegebenen Maße.
Leicht übersichtliche Preiscurante werden auf Verlangen sofort franco zugefandt.

Cementwaaren-Fabrik
von
B. J. Oetken,
Bürgerfeld b. Oldbg., nahe der Radorferstr.

Gewerbe- und Handels-
Berein

in Oldenburg.
Sitzung am Mittwoch, den 1. October c.,
Abends 8 1/2 Uhr in der Union.
Tagesordnung: Vorausschlag der Rechnung pro 1885/87. Bücher und Zeitschriftenverkauf.
Hierzu ladet höflichst ein
Der Vorstand.

la Braunschweiger Honig-
Ruchen,
1/2 kg 40, bei 2 1/2 kg 35 Pfg.,
bei Kisten billigt.
M. Hallerstedt.

Großherzogl. Theater.

Dienstag, den 30. Sept. 13. Abonn.-Vorst.
Die Makkabäer.

Trauerspiel in 5 Aufzügen von D. Ludwig.

Torfwerk Ocholt

liefert den beliebten
Maschinenbaggertorf
auch Handtorf und Torfstohle. Vertreter
S. G. Müller in Oldenburg, Donner-
schweerstraße 71. Probe daselbst.

Büttner & Winter,

Annoncen-Aannahme
für die
Oldenburger Landeszeitung
(bis 9 Uhr Morgens)
1. Kottenstraße 1.

Ankunft und Abfahrt der Züge
auf Station Oldenburg.

Ankunft:	
Von Wilhelmshaven und Jever: 7,55 — 11,30 — 2,00 — 8,15.	
" Bremen: 8,15 — 12,37 — 2,15 — 6,00 — 9,00.	
" Nordenhamm: 8,15 — 2,15 — 9,00.	
" Leer: 8,00 — 11,40 — 1,55 — 8,20.	
" Quakenbrück: 8,05 — 2,05 — 8,25.	
Abfahrt:	
Nach Wilhelmshaven: 8,35 — 2,40 — 6,20 — 9,10	
" Jever: 8,35 — 2,40 — 9,10.	
" Bremen: 6,33 — 8,15 — 11,45 — 2,15 — 8,35.	
" Nordenhamm: 8,15 — 2,15 — 8,35.	
" Leer: 8,30 — 2,35 — 6,10 — 9,15.	
" Nach Quakenbrück: 8,36 — 2,25 — 6,11.	

Familien-Nachrichten.

Vermählt: Reinhard Fillmann und Frau
Settchen geb. Preffer, Brake, Wolferzweiler.
Gestorben: Ww. Ripken, Oberlethe.